

Wenn das Leben zu teuer wird

Lieferprobleme, Gasknappheit, Inflation: Deutschland steht vor der **Rezession**. Schon jetzt kosten uns Krieg und Krise Wohlstand. Eine Reise durch eine verunsicherte Republik

TEXT VON PAUL GÄBLER, KATHARINA HORBAN, PHILLIPKA VON KLEIST, LUKAS MÜLLER UND CARLA NEUHAUS

Reihenweise Probleme
Die steigenden Preise treffen jene zuerst, bei denen das Geld schon vor Pandemie und Krieg knapp war. Zum Beispiel Studierende

»Mit meinen Freunden einen trinken zu gehen geht nicht mehr so oft. So schade es ist. Sorgen bereitet mir, wie es im Winter weitergeht«

Marc Sandmann, 21, Student

Emden Von seinen Eltern bekommt Marc Sandmann 650 Euro im Monat, 400 Euro verdient er dazu. Trotzdem muss er sich aufgrund der steigenden Lebenskosten einschränken. Verabredungen fürs Kino oder in der Bar muss er immer öfter absagen. Zum Essen geht er nach Möglichkeit in die Mensa oder kauft im Supermarkt, was gerade günstig ist. Von der Politik hat er sich mehr Hilfe erhofft. „Wir werden aber nicht gesehen.“ Die wenigsten Studierenden bekämen BAföG. Das heiÙe aber nicht, dass die anderen gut über die Runden kommen.

Kürzlich, an der Kasse vom Norma, wären Stephanie Mrowczynski fast die Tränen gekommen. Sie hatte nur ein paar Kleinigkeiten kaufen wollen. Gurken, körnigen Frischkäse, Cornflakes, Avocados im Netz, Äpfel, Eier, Milch, dazu zwei Bettlaken aus dem Angebot. In zwei Tragetaschen passte ihr Einkauf. Zahlen musste sie 70 Euro. „Danach bin ich den Kassenzettel durchgegangen“, sagt sie, „ob irgendwas doppelt berechnet wurde.“ Wurde es aber nicht. „Ich dachte, mich haut es vom Hocker.“

Mrowczynski, 34, ist alleinerziehend und von Beruf „Büroante“, wie sie sagt. Und sie ist eine von vielen Deutschen, die in diesen Tagen an ihre Grenzen stoßen. Die genau überlegen müssen, was sie sich leisten können und was nicht. „Fleisch gibt es nur noch, wenn es im Angebot ist“, sagt Mrowczynski. „Das ist vielleicht einmal im Monat der Fall, dafür nehme ich zwei Packungen und friere eine ein.“ Auch das Kaktus-Eis, das ihre Tochter Emi so gerne isst, kauft sie nur noch zum Sonderpreis: elf Stück für einen Euro. Oft ruft Emi ihr hinterher: „Mama, vergiss mein Eis nicht!“ Doch das ist nicht immer drin. Kürzlich war sie im Aldi, da kostete die Salatgurke einen Euro das Stück. „Eine Gurkel“, sagt Mrowczynski. „Die habe ich nicht gekauft.“

Mit der achtjährigen Tochter und drei Katzen lebt sie in Markt Schwaben bei München. Eigentlich ist sie gelernte Kinderpflegerin, ihr Traumjob. Doch dann bekam sie chronische Rückenschmerzen, hatte drei Bandscheibenvorfälle. Heute arbeitet sie 30 Stunden die Woche als Verwaltungsangestellte, verdient 1600 Euro netto im Monat. Dazu kommen 219 Euro Kindergeld und 236 Euro Unterhaltsvorschuss. Schon vor dem Krieg, vor dem hohen Preisanstieg, war es für sie nicht leicht, über die Runden zu kommen. Nun sagt sie: „Ich mache mir um jeden Cent Gedanken.“

Deutschland im Jahr 2022, das ist ein Land, das sich sorgt: um die hohen Ausgaben für Lebensmittel, die steigenden Energiepreise. Bei über sieben Prozent liegt die Inflation, so hoch wie seit Jahrzehnten nicht. Lebensmittel verteuerten sich im Juni im Vergleich zum Vorjahresmonat sogar um fast 13 Prozent. Und so schnell wird die Lage

wohl nicht besser. Am Donnerstag will die Europäische Zentralbank im Kampf gegen die Inflation die Zinsen anheben. Doch ihr Handlungsspielraum ist begrenzt. Hebt sie die Zinsen zu stark an, läuft sie Gefahr, die ohnehin angeschlagene Wirtschaft abzuwürgen: Unternehmen können sich dann keine Kredite mehr leisten. Anders als in der Finanzkrise hat die Geldpolitik heute kaum ein Instrument, das uns retten könnte.

Eine Krise überlagert die nächste

Zumal die Inflation nur das Symptom einer größeren Krise ist, an der die Zentralbank wenig ändern kann: die Gaskrise. Und die kommt zur Unzeit. Die Folgen der Pandemie sind längst nicht überwunden, die Lieferprobleme nicht beseitigt, da bringen Krieg und Gasknappheit das System an seine Grenzen. Jede einzelne dieser Krisen wäre für sich schlimm genug. Zusammen sind sie ein teuflischer Mix. Lange war die wirtschaftliche Lage nicht so heikel wie heute.

Das Gas ist so knapp, dass unklar ist, ob es über den Winter für alle reichen wird. Russland hat seine Gaslieferungen nach Europa zurückgefahren. Derzeit fließt durch die wichtigste Pipeline Nord Stream 1 nichts mehr. Das liegt an der jährlichen Wartung. Und die Sorge ist groß, dass aus dem technischen Grund ein politischer wird. Dass auf längere Sicht kein Gas mehr kommt, Russland Europa auf einen kalten Entzug setzt – mit allen Nebenwirkungen.

Wirtschaftsminister Robert Habeck wird deshalb nicht müde zu betonen, wie ernst die Lage ist. „Wir müssen uns auf das Schlimmste einstellen“, sagt er. Und das, obwohl es sich für manche noch nicht so anfühlt. Sie haben während der Pandemie gespart, wollen nachholen, worauf sie lange verzichtet haben. Derzeit wollen zum Beispiel so viele verreisen, dass an den Flughäfen aufgrund fehlenden Personals das Chaos ausgebrochen ist. Doch auch wenn die Gegenwart für einige nicht

-12,7
Prozent

So stark könnte die Wirtschaft einbrechen, sollte im zweiten Halbjahr kein Gas aus Russland kommen

Quelle: VBV

»Fleisch und Fisch kaufe ich nur noch alle 14 Tage. Bis vor Kurzem konnte ich mir das jede Woche leisten«

Jutta Herpich, 77, Rentnerin

Berlin Mit einer Rente von 1000 Euro im Monat gilt Jutta Herpich offiziell nicht als bedürftig. Doch sie sagt: „Miete, Strom, Gas, Versicherung: Da bleibt unterm Strich nicht mehr viel übrig.“ Sich gesund zu ernähren ist ihr wichtig. Doch regionale Produkte oder Waren von der Frischetheke sind besonders teuer geworden. Der Gang auf den Markt: für sie ein Luxus. Herpich ist froh, wenn bei der Tafel, bei der sie aushilft, etwas übrig bleibt. „Das kann ich mir dann mitnehmen.“ Doch weil die Zahl der Bedürftigen steigt, ist das immer seltener der Fall.



Foto: Steffen Roth für FOCUS-M



so schlecht ist, warnt Habeck: „Die Angst vor der Rezession ist überwältigend groß.“

Da ist es also, das R-Wort. Die Rezession. So nennen Volkswirte einen andauernden Wirtschaftsabschwung. Technisch gesehen ist ein Land in der Rezession, wenn das Bruttoinlandsprodukt zwei Quartale hintereinander sinkt. Wenn der Wert der Waren und Dienstleistungen, die wir produzieren, immer weiter zurückgeht. Es ist das realistische Szenario, sollte auf längere Sicht kein Gas aus Russland kommen. „Tritt dieser Fall ein, kommen wir um eine schwere Rezession nicht herum“, sagt Ökonom Jens Südekum.

Wie schlimm es werden kann, hat kürzlich die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (VBW) vom Prognos-Institut durchrechnen lassen. Bleibt das Gas aus Russland im zweiten Halbjahr aus, könnte die deutsche Wirtschaft um 12,7 Prozent einbrechen. Das wäre ein historischer Absturz. Weder nach der Finanzkrise (-5,7 Prozent) noch zu Beginn der Pandemie (-4,6 Prozent) hat es Deutschland so hart getroffen. Entsprechend viel steht auf dem Spiel. 5,6 Millionen Arbeitsplätze, so die Studie, wären bedroht.

Besonders hart trafe das all jene, die schon jetzt arm dran sind. Die arm sind. Deutschland gilt als reiches Land, als Land der Mittelschicht. Doch die Pandemie hat auch hier Spuren hinterlassen. 13,8 Millionen Menschen zählten 2021 hierzulande bereits als arm. Ein rasanter Anstieg – und das lange vor Ausbruch des Ukraine-Kriegs. Die steigende Inflation hat die Lage verschlimmert. Das spüren etwa die Tafeln im Land, die kaum noch wissen, wie sie all die Bedürftigen versorgen sollen. Etwa in Berlin-Steglitz.

Wenn Lebensmittel zu teuer sind

Dort, im Gemeindezentrum hinter der Matthäus-Kirche, hat an diesem Mittag die Tafel von Laib und Seele geöffnet. Im Innenhof drängen sich Menschen mit leeren Einkaufstrolleys und Plastiktüten. Männer und Frauen, von jung bis alt, stehen in Schlangen neben der Hauswand. Hier haben sie Schatten, müssen nicht in der prallen Sonne warten.

Klaus Bräuer war schon dran. Der 66-Jährige kommt fast jeden Donnerstag hierher. Vor drei Jahren ist er in Rente gegangen. Weil die aber kaum zum Leben reicht, erhält er zusätzlich Grundversicherung. Doch auch damit kommt er nur knapp über die Runden. Mit den Lebensmitteln, die er bei der Tafel ▶

»Ich brauche das Auto, um zum Job zu kommen. Die hohen Spritpreise tun da weh«

Florian Demler, 49, Sozialarbeiter

Bad Schwalbach Als Sozialarbeiter begleitet Florian Demler Menschen mit Behinderung im Alltag. Viermal die Woche fährt er dafür 60 Kilometer nach Frankfurt am Main und wieder zurück. Um Geld zu sparen, beschleunigt er kaum noch, bei 100 km/h ist Schluss. Trotzdem zahlt er mehr als früher. 50 Euro kostet ihn eine Tankfüllung, vor dem Krieg kam er mit 35 Euro hin. Ein Tempolimit fände er gut – er hält sich eh schon dran.



bekommt, versucht er, möglichst lange auszukommen. Das wird aber immer schwieriger. „Auch wenn die Tafel kein Ersatz für den Supermarkt ist: Früher gab es auch mal zwei Tüten, jetzt kriegt man nur noch eine, manchmal auch nur eine halbe.“ Auf Fleisch muss er immer öfter verzichten. Bei der Tafel gibt es das nur noch selten. Und: „Im Supermarkt ist das überhaupt nicht mehr zu bezahlen.“ Bräuer hat Sorge, dass das Angebot der Tafel noch knapper wird, wenn die Preise weiter steigen. „Dann wird es richtig übel.“

Das fürchtet auch Eva-Maria Stöck, die die Ausgabestelle in Steglitz leitet. Seit Wochen bekomme sie immer weniger Lebensmittel, dabei wachse der Bedarf. Aktuell versorgt ihr Team 600 Menschen aus 180 Haushalten. Das sind etwa 60 mehr als zu Jahresbeginn. „Vor vier Wochen haben wir sogar 240 Haushalte versorgt. Ich habe auf dem Hof nur noch Menschen gesehen.“ Unter den neuen Kunden seien viele ukrainische Flüchtlinge, Rentner und Alleinerziehende, aber auch Menschen, die es wegen der Teuerungen

13,8 Millionen Deutsche lebten 2021 in Armut. Das ist ein Höchststand von 16,6 Prozent
Quelle: Paritätischer Wohlfahrtsverband

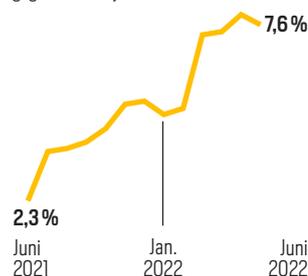
13,8

52%

der **Deutschen** mit einem Haushaltseinkommen bis 2000 Euro netto im Monat sagen, sie kaufen aufgrund der hohen Energiepreise weniger Lebensmittel

Quelle: Hans-Böckler-Stiftung

Inflationsrate in Deutschland
Steigerung des Verbraucherpreisindex gegenüber Vorjahresmonat



Teurer leben So hoch wie zuletzt war die Inflation seit Jahrzehnten nicht

nicht mehr alleine schaffen. Frau Stöck glaubt, das werden noch mehr.

Die 68-Jährige kommt mit ihrer Rente selbst kaum hin. Gegen einen Obolus von zwei Euro kann sie sich, wie ihre Kunden, eine Tüte mit Lebensmitteln mitnehmen. „Vor zwei Jahren bekam man die noch für einen Euro“, sagt Stöck. Dann kam Corona, die Inflation. Beide Male stieg der Unkostenbeitrag um 50 Cent. Und obwohl die Bedürftigen mehr bezahlen, wird die Ausgabe rationiert. „Auch die Supermärkte kalkulieren anders“, sagt Stöck. Durch die Preissteigerungen würden die Menschen weniger einkaufen, die Märkte weniger bestellen. „Viel bleibt für uns dann nicht mehr übrig.“ Fünf Ausgabestellen in Berlin öffnen deshalb nur noch alle 14 Tage. „Wenn es so weitergeht, kommt das auch auf uns zu“, sagt Stöck. Neue Anmeldungen nimmt sie schon keine mehr an.

Und die finanzielle Lage vieler Deutscher dürfte sich weiter verschärfen. Vor allem beim Gas müssen Verbraucher mit Aufschlägen rechnen. „Die Folgen der aktuellen Gasknappheit sind bei den Ver-

brauchern noch gar nicht angekommen“, sagt Klaus Müller, Chef der Bundesnetzagentur. Die Mehrbelastung für Familien geht in die Tausende. Nicht einmalig, sondern dauerhaft. Selbst wenn es zu keiner Gasnotlage kommt, es nicht rationiert werden muss, bleiben die Preise hoch. „Wir werden stärker auf Flüssiggas angewiesen sein, und das kostet nun mal“, sagt Müller. Seine Prognose: „Manche Menschen werden ihre Rechnungen fürs Gas nicht bezahlen können. Uns droht eine Gasarmut.“

Die Scham, über Geld zu sprechen

Marc Sandmann hat bereits eine Mieterhöhung bekommen aufgrund der steigenden Strom- und Gaskosten. „Zwar nur um die zehn Euro“, sagt er. Doch die Preissteigerungen im Alltag summieren sich. Vor allem, wenn man wie er als Student mit wenig Geld auskommen muss. Sandmann, 21, studiert im fünften Semester Wirtschaftspsychologie an der Hochschule in Emden-Leer. Seine Eltern unterstützen ihn mit 650 Euro im Monat. Doch Miete, Essen, Handyvertrag und sonstige Kosten wie Semesterbeiträge, Bücher oder Laptop sind damit nicht zu decken. 400 Euro verdient er dazu.

Trotzdem muss er Abstriche machen. Also schaut er im Supermarkt, welche Produkte gerade günstig sind. „Auf die weiche ich dann aus.“ Bei Gemüse ist das gerade Paprika. Auch geht er öfter in die Mensa. Am Essen zu sparen falle ihm leichter, als sich in seiner Freizeit einzuschränken. Dennoch muss er immer wieder Verabredungen absagen: „Mit meinen Freunden einen zu trinken geht nicht mehr so oft.“ Er vermutet, dass es anderen ähnlich geht wie ihm. „Das auszusprechen ist bei vielen mit Scham behaftet.“

Schon jetzt überzieht bundesweit jeder Fünfte aufgrund steigender Preise sein Konto. Unter den 25- bis 34-Jährigen ist sogar jeder Dritte im Dispo. Sandmann hätte sich von der Bundesregierung mehr erhofft. „Für die Politik sind Studierende oft nur jene, die BAföG bekommen. Dabei trifft das auf nur etwa zehn Prozent zu.“ Zwar hat die Bundesregierung zuletzt eine Energiepreispauschale eingeführt. Die aber erhalten nur Arbeitnehmer. Studierende bleiben da ebenso außen vor wie Rentner.

Der Mieterbund warnt bereits, der starke Anstieg der Energiepreise „könnte nicht weniger als den Ruin für Millionen Mieter bedeuten“. Die Bundesregierung müsse „kurzfristig erheb- ▶



**»Für mich ist klar:
Bis zur Rente
will ich in dieser
Wohnung bleiben.
Danach aber wird
es schwierig«**

Claudia Strucks, 62, pädagogische Fachkraft

München Als Claudia Strucks beruflich in die bayerische Hauptstadt zog, war sie froh, so schnell eine Wohnung gefunden zu haben. Dass sie dabei einen Index-Mietvertrag schloss, bei dem die Miete an die Inflation gebunden ist, war anfangs sogar von Vorteil. Weil die allgemeine Preissteigerung niedrig war, legten ihre monatlichen Kosten nur geringe zu. Nun aber muss sie ab Herbst wohl 80 bis 100 Euro mehr zahlen. Als Rentnerin, sagt sie, wird sie sich die Wohnung nicht mehr leisten können.

»Ohne die Hilfe von Freunden wäre die Hälfte des Monats kein Geld für Essen da«

Dominic Stanich, 37, Hartz-IV-Empfänger

liche Heizkostenzuschüsse für die Menschen auf den Weg bringen, die sonst eine geheizte Wohnung nicht mehr bezahlen können“. Die SPD wiederum sieht die Vermieter in der Pflicht: Sie will einen Kündigungsstopp durchsetzen. Den hat es schon zu Beginn der Pandemie gegeben, als Mietschulden zeitweise nicht mehr als Grund für die Kündigung anerkannt wurden. Zahlen mussten die Mieter zwar trotzdem, nur eben nicht sofort.

Probleme bekommen vor allem jene, die einen Index-Mietvertrag haben. Bei ihnen ist die monatlich fällige Summe an die Inflation gekoppelt. Alle 15 Monate kann der Vermieter den Betrag entsprechend nach oben anpassen. Solange das Preisniveau stabil war, war das kein Problem. Im Gegenteil. Da hatte solch ein Vertrag sogar Vorteile. Etwa in München. „In den vergangenen zehn Jahren hatten wir eine Indexerhöhung von 14 Prozent, also 1,4 Prozent im Jahr“, sagt Rudolf Stürzer vom Verband Haus und Grund. „Die Marktmieten in München sind im selben Zeitraum um 29 Prozent gestiegen, also um 2,9 Prozent jährlich.“ Jetzt aber hat sich das Blatt gewendet. Dieses Jahr könnten die Vermieter sieben bis acht Prozent mehr verlangen, sagt Beatrix Zurek, Vorsitzende des Mietervereins München.

Allein in der bayerischen Hauptstadt haben 240 000 Menschen einen Index-Mietvertrag abgeschlossen. So wie Claudia Strucks. Zum Gespräch bringt die 62-Jährige einen grünen Ordner mit, schlägt ihn

Haßloch Weil seine Hand kaputt ist, kann Dominic Stanich nicht mehr als Gas-Wasser-Installateur arbeiten. Seinen Sohn Leon zieht er alleine groß. Keine leichte Situation, zumal die beiden auch noch auf Wohnungssuche sind. Spielplatz und Baggersee: Das ist das Programm für den Sommer. Im Supermarkt schaut Stanich angesichts der hohen Preise genau hin. Statt Fruchtzwergen ist nur der Billigpudding drin.



auf und fährt mit dem Finger über verschiedene Zahlen, die sie mit Textmarker umkreist hat. 2015 ist sie aus beruflichen Gründen nach München gezogen. Über Kontakte ihres vorherigen Vermieters fand sie eine Wohnung in Obersendling. Was eine Index-Miete war, musste sie erst mal googeln. Und doch unterschrieb sie, so froh war sie, überhaupt etwas gefunden zu haben. Damals stagnierte die Inflation bei zwei Prozent. „In meinem ersten Jahr in München hatte ich eine Mieterhöhung

von 2,54 Euro“, sagt sie. Seitdem wurde es zwar immer mehr, zuletzt stieg die Miete um 27 Euro. Doch Strucks sagt: „Für mich war klar, bis zur Rente will ich in dieser Wohnung bleiben.“

Nur was dann? Strucks ist pädagogische Fachkraft in der kooperativen Ganztagsbildung einer Grundschule. Weil sie viele Jahre in Teilzeit gearbeitet hat, rechnet sie mit keiner allzu hohen Rente. Eigentlich wollte sie deshalb sparen. Doch das fällt ihr angesichts der hohen

5074

Euro

So viel könnte eine vierköpfige Familie im Jahr für Energie draufzahlen müssen

Quelle: GdW

Inflation und der steigenden Miete schwer. Aktuell zahlt sie für ihre Wohnung – zwei Zimmer, Balkon, zweiter Stock – 933,53 Euro im Monat. Ab Herbst rechnet sie mit einem Aufschlag von 80 bis 100 Euro. „Viele resignieren einfach und fügen sich. Aber das entspricht nicht meiner Mentalität“, sagt sie. „Ich war schon immer etwas kämpferischer.“

Sie denkt darüber nach, als Rentnerin aus München wegzuziehen. „Ich habe mich mal ein bisschen umgeschaut auf dem freien Markt. In der Größenordnung meiner Wohnung bekommt man neue Wohnungen zu einem Kaltbetrag, wie ich ihn jetzt warm bezahle. Das ist der Horror“, sagt sie. Einen Umzug nach Bremerhaven könnte sich Strucks vorstellen. Die Stadt gehöre zu denen mit den günstigsten Mieten in Deutschland.

Dominic Stanich aus Haßloch in Rheinland-Pfalz wäre hingegen froh, wenn er überhaupt eine Wohnung hätte. Der 37-Jährige ist gelernter Gas-Wasser-

Installateur, musste den Beruf aber aufgeben. Seine Hand ist kaputt. Heute bezieht er Hartz IV. Zusammen mit seinem Sohn, den er alleine großzieht, wohnt er vorübergehend bei Freunden. Über Monate hatte er eine Wohnung gesucht. Doch ohne Erfolg. Ein alleinerziehender Hartz-IV-Empfänger? „Das hat nicht je-

der so locker gesehen.“

Jetzt im Sommer ist er mit Sohn Leon viel mit dem Rad unterwegs, verbringt ganze Tage auf dem Spielplatz oder am Baggersee. In ihrer provisorischen Unterkunft seien sie eigentlich nur zum Schlafen. Vor Leon erwähnt Stanich seine Probleme lieber nicht. „Hauptsache, es steht Essen auf dem Tisch und schmeckt ihm.“ Auch wenn es Billigpudding gibt statt der teureren Fruchtzwerg.

Für Hartz-IV-Bezieher wird es eng

Was die Inflation für Menschen bedeutet, die wie Stanich auf Hartz IV angewiesen sind, weiß Helena Steinhaus nur allzu

gut. Die 34-Jährige ist Gründerin von Sanktionsfrei e.V., einem Verein, der sich für die Abschaffung der Hartz-IV-Sanktionen einsetzt und gesetzwidriges Verhalten der Jobcenter öffentlich macht. Um drei Euro wurde der Regelsatz im letzten Januar erhöht, eine Steigerung fast im Promillebereich. Bei Inflationsraten um die sieben Prozent bedeutet das, dass ALG-II-Empfänger viel weniger in der Tasche haben als noch im letzten Jahr.

„Die Menschen, die sich an uns wenden, haben unglaubliche Angst“, sagt Steinhaus. „Ich habe von Betroffenen gehört, dass sie weniger kochen aus Angst vor den Strompreisen. Wenn die Jahresendabrechnung eintrudeln, sind die bereits für viele nicht zu stemmen.“ Das könnte im schlimmsten Fall Stromsperrern zur Folge haben. Denn die Stromkosten werden nicht wie die Miete oder die Sozialversicherung zusätzlich zum Regelbedarf ausgezahlt, sondern sind in den 449 Euro pro Monat bereits enthalten. Auch für Gas gibt es eine Angemessenheitsgrenze, die allerdings schon jetzt für die meisten zu niedrig ausfalle.

Wenn die Gaspreise, wie von einigen befürchtet, im Winter um das Drei- oder Vierfache steigen, rechnet Steinhaus mit dem Schlimmsten. „Ich fürchte, dass manche Hartz-IV-Empfänger diesen Winter im Kalten sitzen werden.“ Wenn ein Haushalt eine Stromnachzahlung bekommt, kann er das Jobcenter dafür zwar um ein zinsfreies Darlehen bitten, muss das dann aber vom Regelsatz abstottern. „Und selbst das verweigern die Jobcenter manchmal.“

Hartz-IV-Bezieher und Geringverdiener leiden besonders unter den steigenden Gaspreisen. Dabei glaubt Bundesnetzagenturchef Müller, dass die Regierung nicht nur ihnen wird helfen müssen. Er sagt: „Auch Menschen mit mittleren Einkommen werden unter Umständen Entlastungen brauchen.“

Der Exportweltmeister schwächelt

Schon jetzt ist aber klar, dass die Politik nicht alle wird retten können. Das betonte Wirtschaftsminister Habeck bereits im April, als er sagte: „Wir werden ärmer werden.“ Ein Satz, den in Deutschland lange kein Minister mehr hat aussprechen müssen. In einem Land, ▶



»Fleisch und Wurst sind im Supermarkt nicht mehr zu bezahlen. Ich schränke mich deshalb ein«

Klaus Bräuer, 66, Rentner

Berlin Weil seine Rente als früherer Schauspieler mickrig ausfällt, erhält Klaus Bräuer zusätzlich Grundsicherung. Doch davon die Wocheneinkäufe zu bezahlen, fällt ihm immer schwerer. Gedanken macht er sich, wie das werden soll, wenn im Winter alles noch teurer wird. Er ist froh, Lebensmittel von der Tafel zu bekommen. Doch was er da erhält, wird immer weniger. Manchmal reicht es nur für eine Mahlzeit.

das dank seiner starken Wirtschaft über Jahrzehnte im Wohlstand gelebt hat. Nun aber steht dieser Wohlstand auf dem Spiel. Die billige Energie aus Russland war lange ein Standortvorteil – jetzt wird diese Abhängigkeit zum Problem. In den USA, Kanada oder Japan sind die Preise für Gas längst nicht so hoch wie in Deutschland, das neuerdings auf die Lieferungen von teurem Flüssiggas angewiesen ist. Produkte „made in Germany“ machen es teurer.

Wie sagt man's den Kindern?

„Der Exportabschwung ist eingeläutet“, sagt Volker Treier, Außenwirtschaftschef des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK). „Die Exporteure sind immer weniger in der Lage, die durch Lieferketten bedingten Kostensteigerungen an internationale Kunden weiterzureichen.“ Im Mai ist Deutschlands Handelsbilanz bereits negativ ausgefallen – zum ersten Mal seit 14 Jahren. Das heißt, wir haben mehr importiert als exportiert. Das liegt zwar auch an den hohen Kosten für Gas, das die Bundes-

5,6 Millionen Arbeitsplätze könnten verloren gehen, wenn das Gas aus Russland das gesamte zweite Halbjahr ausbleibt Quelle: VBW

5,6

Zu erwartende Produktionsrückgänge im Falle einer Lieferunterbrechung 1. Juli, zweites Halbjahr 2022

Glas, Glaswaren	-47,8 %
Roheisen, Stahl	-34,0 %
Keramik, bearb. Steine/Erden	-32,5 %
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	-32,0 %
Druckerei, Datenträger	-31,4 %
Chemie	-31,4 %
Textilien, Bekleidung, Leder	-31,0 %
Gummi-/Kunststoffwaren	-26,7 %
Pharmazie	-24,3 %
Holz, Holzwaren	-21,5 %
Gießereierzeugnisse	-20,4 %
NE-Metalle	-20,4 %
Kraftwagen/-teile	-17,5 %
Metallerzeugnisse	-15,7 %
sonstige Fahrzeuge	-13,0 %
DV-Geräte, elektr. Erzeugnisse	-9,9 %
Möbel, sonstige Waren	-9,2 %
elektrische Ausrüstungen	-8,5 %
Papier, Pappe	-6,7 %
Maschinen	-5,8 %

Knappes Gas Liefert Russland auch nach dem Ende der Wartung von Nord Stream 1 kein Gas mehr, trifft das vor allem die Industrie Quelle: VBW

republik teurer aus dem Ausland einkauft. Aber eben nicht nur.

Ein Exportabschwung in der Exportnation, das heißt nichts Gutes. Auch nicht für Stephanie Mrowczynski. Sie nimmt bewusst hin und wieder ihre Tochter mit in den Supermarkt. „Einmal standen wir vor dem Kühlregal, und ich habe ihr gezeigt, wie viel der Monte-Joghurt kostet, und dann, wie viel die No-Name-Billigversion daneben kostet.“ Ob sie den billigeren Joghurt nehmen dürfe, fragte sie. Emi war einverstanden. „Sie ist jetzt am Ende der zweiten Klasse und kann schon Preise vergleichen“, sagt Mrowczynski. Ja, sie rede offen mit Emi über Geld. So offen, wie das in dem Alter eben geht.

Mrowczynski spart, wo sie kann. „Wir brauchen dringend eine Mikrowelle“, sagt sie. „Nenn mich geizig, aber 45 Euro sind mir zu teuer. Weil ich denke, das Geld könnte ich woanders besser brauchen.“ Zum Beispiel für Emis Reitstunden. Einmal die Woche fährt sie die Tochter zu einem Reiterhof. Für die Tochter ein Highlight. Für die Mutter ein Luxus. Eine weitere Rechnung, die sie bezahlen muss. ■

»Auch die Supermärkte rechnen anders. Sie kaufen weniger ein – da bleibt für uns weniger übrig«

Eva-Maria Stöck, 68, Leiterin einer Tafel

Berlin Für die Tüte mit Lebensmitteln muss Eva-Maria Stöck bei der Tafel in Steglitz inzwischen zwei Euro nehmen, doppelt so viel wie vor Corona. Und doch ist weniger drin. Zum einen steigt die Zahl der Bedürftigen, die auf die Tafel angewiesen sind. Zum anderen geben die Supermärkte weniger ab. Und die Lebensmittel, die sie dank Spenden zukaufen, werden teurer. Manche Tafeln können da nur noch alle zwei Wochen öffnen.



Fotos: Steffen Roth für FOCUS-Magazin, Jana Mai/F.A.Z.